



UNVERBUNDEN UND DOCH GEMEINSAM - SOZIALE UND IDENTITÄRE KÄMPFE IN DER TÜRKEI

DER KAMPF UM DAS RECHT DER GEWERKSCHAFTLICHEN ORGANISIERUNG: DER FALL MAS-DAF VON SERDAR DAMAR UND THOMAS SABLWSKI

Seit rund einem Jahr dauert ihr Kampf um Wiedereinstellung an: Im westtürkischen Düzce hatten Arbeiter den Versuch unternommen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und für ihre Rechte zu kämpfen. Was als Kampf um Lohnerhöhung begann, radikalisierte sich im Verlauf der Ereignisse. Ein Ergebnis steht noch aus.

Weiter auf Seite 4

WIDERSTAND GEGEN ZENTRALISMUS UND VERMARKTLICHUNG. DER YÖK IM FOKUS KRITISCHER STUDIERENDER

VON İSMAIL D. KARATEPE

Eingeführt infolge des Militärputsches von 1980 hatte der Hochschulrat YÖK vor allem zwei Funktionen: den Hochschulen ihren Charakter als Orte gesellschaftlichen Widerstandes zu nehmen und über zentralistische Kaderpolitik Kontinuität in die Hochschulpolitik zu bringen. Gegen beides kämpfen Studierende noch heute und sind dabei zunehmender Kriminalisierung durch die AKP-Regierung ausgesetzt, die nicht daran denkt, den YÖK aufzugeben.

Weiter auf Seite 7

»WIR SIND MEHR GEWORDEN. UND MUTIGER«

INTERVIEW MIT DEN LGBT*-AKTIVISTINNEN ŞEVVAL KILIÇ UND CİHAN HÜROĞLU VON ANNE STECKNER

In einer konservativen Gesellschaft ist die Ausgrenzung von LGBT* die Regel und auch Bestandteil einer Regierungspolitik, die Gewaltprävention in den Dienst der Stärkung von Kleinfamilien stellt. Das Problem der Anerkennung abweichender Identitäten erschwert manche Bündnisse – nicht nur mit »traditionellen« Linken, sondern auch zwischen Trans*-Bewegten und LGB-Bewegten. Dennoch tut sich etwas.

Weiter auf Seite 10

DIE KURDISCHE PROLETARISIERUNG

VON MURAT ÇAKIR

Nationale und soziale Frage bedingen einander nicht von allein. Kurdische Identität und damit verbundene Rechte in einem breiten Bündnis zu politisieren, zwingt zur Zusammenarbeit mit Kräften, deren Interesse nicht unbedingt die Politisierung der sozialen Frage ist. Derweil ist kurdische Armut durch Binnenmigration und Proletarisierung geographisch entgrenzt. Somit steht die kurdische Bewegung vor komplexen Aufgaben.

Weiter auf Seite 14

IMPRESSUM

INFOBRIEF TÜRKEI Erscheint unregelmäßig

REDAKTION

Errol Babacan (Frankfurt/M.), Murat Çakir (Kassel), Özgür Genç (Kassel), Axel Gehring (Marburg), İsmail D. Karatepe (Kassel) und Anne Steckner (Berlin)

<http://infobrief-tuerkei.blogspot.com>

E-Mail: infobrieftuerkei@gmail.com

V.I.S.D.P.:

M. Çakir, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main

Gefördert von:

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

EDITORIAL

Marburg, im April 2012

Was haben der Kampf um höhere Löhne und gewerkschaftliche Organisierung, der Widerstand von Studierenden gegen die Vermarktlichung von Universitäten sowie deren zentralistische Kontrolle und der Kampf von LGBT*-Bewegten um Anerkennung unterschiedlicher Lebens- und Liebesformen gemeinsam mit dem Problem der kurdischen Bewegung, ihr Streben nach Emanzipation nicht auf die Anerkennung von Identität zu reduzieren? Im organisatorischen Sinne nicht viel, auf politischer Ebene eine Menge: Gemeinsam ist den in dieser zweiten Ausgabe des **INFOBRIEF TÜRKEI** vorgestellten Kämpfen vor allem ihr Bemühen um Emanzipation, das sich aus dem konkreten Wunsch der Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen speist. Ansonsten bewegen sie sich unverbunden auf unterschiedlichen Feldern und entlang gesellschaftlicher Spaltungen. Diese Gemeinsamkeit unverbundener Kämpfe ist geradezu typisch für die soziale und politische Realität in der Türkei am Vorabend des 1. Mai 2012.

Der Kampf um gewerkschaftliche Organisierung beim westanatolischen Pumpenhersteller MAS-DAF ging von dem schlichten Wunsch nach Lohnerhöhung aus. Dieser wurde verweigert und mit ihm auch das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung – dies ließ die Auseinandersetzung zwischen den Lohnarbeitenden und dem Eigentümer Özer Polatoğlu eskalieren. Auf Massentlassungen reagierten die Arbeiter mit einer Besetzung der Fabrik, auf die erzwungene Räumung der Fabrik folgte ein Marsch auf die Unternehmenszentrale in İstanbul. Kurz: Der Kampf wurde nicht nur politischer, sondern auch über die beteiligten Akteure hinaus bekannt. Die Chancen auf juristische Revision der Kündigung in Form einer Abfindung stehen nicht schlecht, doch die Kämpfenden bleiben als Gewerkschafter gebrandmarkt. Ihnen hat die Auseinandersetzung individuell mehr geschadet als dem Unternehmer. Nicht immer ernten die Kämpfenden die Früchte ihres Kampfes, und das ist ihnen bewusst, wie im Bericht von Serdar Damar und Thomas Sablowski deutlich wird.

Soziale und identitäre Kämpfe finden auf einem Terrain statt, das tief geprägt ist von jener durchgreifen-

den neoliberalen Transformation, die zu Beginn der 1980er Jahre mit dem Militärputsch gewaltsam eingeleitet wurde. Eine starke Exekutive brach den gesellschaftlichen Widerstand gegen das neoliberale Projekt (siehe auch Axel Gehring in **INFOBRIEF TÜRKEI** 01/12). Auch der Hochschulrat, *Yükseköğretim Kurulu* (YÖK), wurde 1982 kreiert, um dieses Projekt mit Hilfe eines hochgradig zentralistischen Apparates an den Hochschulen durchzusetzen. Die Proteste von Studierende gegen den YÖK richten sich gegen den autoritären YÖK als solchen *und* gegen seine Politik der marktkonformen Hochschule, die sich aktiv in den Dienst der herrschenden Klassen stellt, wie Ismail D. Karatepe in seinem Beitrag exemplarisch darstellt. Auch die regierende AKP hat an dem von der Militärjunta eingeführten YÖK-System keine fundamentalen Änderungen vorgenommen, vielmehr den Hochschulrat zielstrebig mit eigenen Kadern besetzt. Offenkundig denkt sie nicht daran, die zentrale Kontrolle der Universitäten aufzugeben. Dies belegt die repressive Vehemenz, mit der sie den YÖK nicht nur gegen Kritik verteidigt, sondern diese Kritik auch kriminalisiert. In den 1990er Jahren waren im YÖK vor allem Akteure präsent, die sich selbst als Kemalisten bezeichneten und die Neoliberalisierung der Hochschulen vorantrieben. Heute passiert dies im YÖK unter der Ägide der AKP, die nicht zögert, Widerstand gegen den YÖK und die Neoliberalisierung von Hochschulen als »kemalistisch« zu brandmarken. Indem Studierende Widerstand gegen die fortgesetzte neoliberale Transformation ihrer Hochschulen leisten – die ohne einen starken Staat nicht denkbar wäre – verweigern sie sich der Identitätspolitik der regierenden AKP, die sich als Vertreterin einer »demokratischen Opposition« gegen »autoritäre Staatseliten« inszeniert und von der Bevölkerung verlangt, sie möge sich zu einem der beiden Lager bekennen (siehe auch Ismail D. Karatepe in **INFOBRIEF TÜRKEI** 01/12). Dieses Beispiel zeigt: Auch antineoliberaler Widerstand hat eine identitäre Dimension.

Von einem Konfliktfeld, dessen Dynamik nur bedingt aus der neoliberalen Transformation erschlossen werden kann, handelt das Interview, das Anne Steckner mit den LGBT*-AktivistInnen Şevval Kılıç und Cihan Hüroğlu geführt hat. Insbesondere der Trans*-Kampf

um Anerkennung zeigt, inwiefern diese »Abweichungen« geschlechtlicher Identität und sexueller Präferenz in einer überwiegend konservativen Gesellschaft als Problem empfunden werden. Ausgrenzung und Diskriminierung lassen den Trans* keine andere Erwerbsmöglichkeit als Sexarbeit, die als Erwerbsquelle offiziell nicht anerkannt ist. Auch in linken Kreisen wird diese Frage oft auf ein Problem der Kommodifizierung des Körpers reduziert. Den Sexarbeitenden ist damit nicht geholfen, sie bleiben stigmatisiert. Ihre erzwungene Prekarisierung und Marginalisierung erschweren Bündnisse – nicht nur mit »traditionellen« Linken, sondern zuweilen auch zwischen Trans*- und LGB-Bewegten. Gleichwohl gibt es innerhalb sozialer Bewegungen inzwischen eine größere Offenheit, der Weg zur Entstigmatisierung der Sexarbeit bleibt aber weit. Wenn Şevval davon berichtet, dass sie auf Polizeiwachen inzwischen weniger häufig tätlichen Übergriffen ausgesetzt seien, dann ist dies nicht nur auf eine zunehmende Präsenz von Religiösen im Polizeiapparat zurückzuführen, für die Anfassen tabu ist, sondern auch einer gewachsenen nationalen und internationalen Aufmerksamkeit gegenüber Praxen der Diskriminierung von LGBT*s zu verdanken. Die laufenden Verhandlungen um einen Beitritt der Türkei zur EU konnten hier den Resonanzraum erweitern. Wenn LGBT*-Bewegte heute sagen: »Wir sind mehr geworden. Und mutiger«, verweist dies auf eine Erweiterung ihrer Bündnisoptionen – zum Beispiel in Richtung einzelner Gewerkschaften, die gleichwohl nicht überschätzt werden sollte.

Die große politisch-praktische Herausforderung, unverbundene Kämpfe hin zu etwas zu erweitern, das nicht nur das Moment des Gemeinsamen hat, sondern ein tatsächliches Gemeinsames ist, wird am ehesten in der Praxis der kurdischen Bewegung offensichtlich. Wie Murat Çakır darstellt, bedingt das Fehlen einer gewerkschaftlichen ArbeiterInnen-Bewegung im kurdischen Osten der Türkei die Tendenz der kurdischen Bewegung, Bündnisse primär über die nationale Frage zu schließen und so eine Koalition vor allem unterschiedlicher *kurdischer* Kräfte zu begründen. Derweil hat nicht zuletzt durch die Binnenmigration der letzten Jahrzehnte eine wachsende Proletarisierung der kurdischen Bevölkerung stattgefunden: Kurdische Armut ist nicht mehr nur ländlich und auf den Osten begrenzt, sondern ebenso städtisch und geografisch entgrenzt. Die Thematisierung der nationalen Frage allein bringt nicht (mehr) automatisch

die soziale Frage auf die Agenda. Die prokurdische BDP steht vor dem Problem, sich aus dem Korsett des Regionalpartei-Profiles zu befreien, um sich für die sozialen Belange der kurdischen Bevölkerung (auch im Westen) stark machen zu können, was aber die Bündnisfähigkeit mit anderen kurdischen Kräften wie Großgrundbesitzern, religiös Konservativen oder nationalistischen KurdInnen schwächt. Soziale und identitäre Fragen miteinander zu verbinden ist und bleibt nicht nur im Falle der kurdischen Bewegung schwierig – gerade dies ist die *gemeinsame* Herausforderung von Kämpfen um gewerkschaftliche Organisation, den Aktivitäten von Studierenden, LGBT*-Bewegten und der kurdischen Bewegung. ■

AXEL GEHRING IM NAMEN DER REDAKTION

DER KAMPF UM DAS RECHT DER GEWERKSCHAFTLICHEN ORGANISIERUNG IN DER TÜRKEI: DER FALL MAS-DAF

VON SERDAR DAMAR, THOMAS SABLowski

Seit rund einem Jahr kämpfen die Beschäftigten der MAS-DAF AG für ihre Wiedereinstellung. 120 Arbeiter campieren vor ihrem Betrieb in der anatolischen Stadt Düzce. Zuvor marschierten einige ihrer KollegInnen als Delegationen Hunderte Kilometer zu Fuß zur Unternehmenszentrale nach Istanbul und Ankara. Sie waren gefeuert worden, nachdem sie sich gewerkschaftlich organisiert hatten. Der Kampf um die gewerkschaftliche Organisation bei MAS-DAF dauert nun schon zwei Jahre. Die Arbeiter geben nicht auf, obwohl sie einen hohen Preis für ihren Kampf bezahlen und obwohl sich in dieser Zeit auch die Stadtverwaltung von Düzce, der Gouverneur der gleichnamigen Provinz, die Gendarmerie, die Handelskammer und die Religionsbehörde als ihre Gegner erwiesen.

SUBVENTIONEN FÜR DAS KAPITAL – NIEDRIGLÖHNE FÜR DIE ARBEITER

Die Stadt Düzce, die in der westlichen Türkei auf halbem Weg zwischen dem Industrie- und Finanzzentrum Istanbul und dem Verwaltungszentrum Ankara liegt, wurde 1999 schwer von einem Erdbeben getroffen und weitgehend zerstört. Im Zuge des Wiederaufbaus wurde in einer Sonderwirtschaftszone die Ansiedlung von Unternehmen großzügig subventioniert: Die Unternehmen erhielten Grund und Boden umsonst, bekamen Elektrizität zu verbilligten Preisen geliefert und kamen in den Genuss von Steuervorteilen. Auch der Eigentümer des Pumpenherstellers MAS-DAF, Özer Polatoğlu, nutzte die Gelegenheit, um 2006 in Düzce eine neue Fabrik zu errichten. Inzwischen ist Düzce eine der am stärksten industrialisierten Städte der Türkei. Die Erwerbsquote liegt deutlich über dem nationalen Durchschnitt. Der Wohnungsbau hat mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt gehalten, so dass eine erhebliche Wohnungsnot herrscht.

MAS-DAF ist nicht untypisch für die Industriestruktur in Düzce, die vor allem durch kleine und mittlere Unternehmen der Metall verarbeitenden Industrie und der Bekleidungsindustrie geprägt ist. Die Unternehmen zahlen häufig nur den Mindestlohn von 638 türkischen Lira (ca. 300 Euro) pro Monat – zuweilen nicht einmal das. In der Bekleidungsindustrie ist es

üblich, dass Arbeiterinnen und Arbeiter offiziell den Mindestlohn erhalten, aber dem Unternehmer unter der Hand wieder einen Teil des Lohns zurückgeben müssen, wenn sie den Job behalten wollen. Auch bei MAS-DAF erhielten viele Arbeiter, die schon seit Jahren dort beschäftigt waren, nur den Mindestlohn. Nachdem es seit 2008 keine Lohnerhöhungen, aber erhebliche Preissteigerungen gegeben hatte, wuchs der Unmut unter den ArbeiterInnen. Sie beschwerten sich bei der Unternehmensleitung. »Wir hatten keine Beschäftigungsgarantie, und unsere Löhne waren nicht angemessen«, so der Arbeiter Ali Rıza Taşkıran gegenüber der Zeitung Evrensel^[1]. Die Werksleitung in Düzce erklärte den Arbeitern, dass der MAS-DAF-Vorstand in Istanbul zwar vorhabe, demnächst eine Lohnerhöhung zu beschließen, dass diese jedoch nicht besonders hoch ausfallen könne. Wenn die Arbeiter sich indes sechs Monate gedulden würden, werde die Unternehmensleitung sie mit einer umso größeren Lohnerhöhung belohnen. So wurde der Konflikt zunächst beigelegt, die Beschäftigten nahmen das Angebot an. Nachdem sie sechs Monate gewartet hatten, traten sie wieder vor das Management, das jedoch jegliches Versprechen bestritt.

NUR KOLLEKTIV KÖNNEN DIE ARBEITSBEDINGUNGEN VERBESSERT WERDEN

Aus der Erkenntnis, nur in organisierter Form für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen streiten zu können, traten daraufhin Anfang 2010 alle 120 Arbeiter der MAS-DAF AG in Düzce in die Vereinigte Metallgewerkschaft (Birleşik Metal-İş) ein. Diese ist mit weiteren 16 Einzelgewerkschaften unterschiedlicher Branchen Teil des Gewerkschaftsdachverbandes DISK (Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei).

Unmittelbar nach dem kollektiven Gewerkschaftseintritt schickte Birleşik Metal-İş die Beitrittserklärungen an das Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit – eine Formalität, die in der Türkei notwendig ist, damit die Gewerkschaft auch juristisch anerkannt wird. Das türkische Arbeitsgesetz errichtet hohe Hürden für die gewerkschaftliche Organisation: Eine Gewerkschaft ist nur dann berechtigt, in einem Betrieb Tarifverhandlungen zu führen, wenn sie dort

[1] Vgl. <http://evrensel.net/news.php?id=9308> + <http://www.evrensel.net/news.php?id=6485>

mindestens 50 Prozent der Beschäftigten organisiert und zugleich landesweit mindestens 10 Prozent der Beschäftigten der betreffenden Branche repräsentiert. Das Ministerium bestätigte am 6. September 2010 die Zuständigkeit von Birleşik Metal-İş. Doch die Unternehmensleitung der MAS-DAF AG legte formelle Beschwerde ein und behauptete, Birleşik Metal-İş sei nicht zuständig, da MAS-DAF in einer anderen Branche (Holzverarbeitung!) tätig sei. Der Eigentümer von MAS-DAF machte damit deutlich, dass er nicht bereit war, das durch die Verfassung gesicherte Recht der Arbeiter auf gewerkschaftliche Organisation zu akzeptieren. Vielmehr ging es darum, den Prozess so lange wie möglich aufzuschieben.

Kurz danach wurden unter einem Vorwand 22 Arbeiter entlassen, die sich in der betrieblichen Auseinandersetzung besonders hervorgetan hatten. Die übrige Belegschaft zeigte sich solidarisch mit ihren Kollegen und organisierte Proteste vor dem Betriebsgelände. Während der knapp vier Monate andauernden Proteste erhielten manche Arbeiter von der Stadtverwaltung Ordnungsstrafen in Höhe von 154 türkischen Lira (ca. 66 Euro) wegen angeblicher Blockade der Bürgersteige. Außerdem wurden 16 Arbeiter verletzt, als ein MAS-DAF-Manager am 5. November 2010 mit seinem Auto in die Menge der Protestierenden hineinfuhr. Zwar wurden die 22 Arbeiter nach diesem Vorfall wieder eingestellt, und es sah zunächst so aus, als sei der Eigentümer verhandlungsbereit – was sich jedoch schon bald wieder als Täuschung erwies.

Am 4. April 2011 wurde allen 120 organisierten Beschäftigten ohne Erklärung gekündigt. Der Eigentümer nahm in Kauf, dass die Produktion des Unternehmens damit vollständig zum Erliegen kam und er seine Facharbeiter mit langjähriger Betriebserfahrung verlieren würde. Erhebliches fixes Kapital, das in modernen CNC-Maschinen, Pressen usw. gebunden war, lag nun brach. Allerdings hatte das Management die Beschäftigten in den Monaten zuvor angehalten, viele Überstunden zu leisten und die Produktion zu steigern, so dass das Unternehmen bereits über erhebliche Vorräte an fertigen Produkten verfügte. Als die Arbeiter von ihrer Kündigung erfuhren, besetzten sie spontan die Fabrik. Das Management rief daraufhin die Gendarmerie, die die Fabrik räumte und die BesetzerInnen vorübergehend festnahm.

Seitdem protestieren die Beschäftigten vor den Betriebstoren und fordern ihre Wiedereinstellung. Um die Sympathie in der Bevölkerung für die Arbeiter von

MAS-DAF zu beeinflussen, wurde sogar beim Freitagsgebet vor dem 1. Mai 2011 in allen Moscheen in Düzce eine Predigt gehalten, in der der Arbeitskampf als ein Akt gegen die Religion dargestellt wurde. In der Erklärung, die von der staatlichen Religionsbehörde abgeseget worden war und von allen Imamen in den verschiedenen Moscheen verlesen werden sollte, heißt es, dass »die Verlangsamung der Arbeit, die Schädigung des Arbeitsplatzes und ein Verhalten des arbeitenden Menschen, das den Profit verringert, religiös unverantwortlich sind«.

Um den Druck auf den Eigentümer von MAS-DAF zu erhöhen, marschierte eine Delegation von 20 Arbeitern zu Fuß von Düzce zur Unternehmenszentrale im 220 km entfernten İstanbul. Auf dem Weg nach İstanbul verteilten Gewerkschafter Flugblätter und diskutierten mit den Passanten über ihr Anliegen. Sie berichten über große Unterstützung in der Bevölkerung, z.B. wurden sie unterwegs von AnwohnerInnen mit Essen und Trinken versorgt. Die MAS-DAF-Arbeiter solidarisierten sich unterwegs mit den Beschäftigten des Unternehmens BEKAERT in İzmit und denen des Elektronikunternehmens CASPER in İstanbul, die sich ebenfalls im Arbeitskampf befanden. Nach neun Tagen Fußmarsch erreichten sie İstanbul und schlugen vor der Zentrale der MAS-DAF AG ihre Zelte auf.

SCHÜTZT DAS RECHT DIE BESCHÄFTIGTEN?

Die Arbeiter haben gute Chancen, in den anstehenden Kündigungsschutzprozessen formal Recht zu bekommen. Doch die Regeln des Kündigungsschutzes schützen sie nicht wirklich. Der Eigentümer von MAS-DAF muss die Arbeiter auch dann nicht wieder einstellen, sollte das Gericht zu dem Schluss kommen, dass die Kündigungen rechtswidrig waren: Er kann ihnen auch eine Abfindung zahlen, statt sie wieder einzustellen. Für die Entlassenen dürfte es schwer werden, in ihrer Heimatstadt, in der sie jetzt als GewerkschafterInnen bekannt sind, eine neue Anstellung zu finden. Hinzu kommt, dass sie durch den Kampf viel Geld verloren und Kreditkartenschulden aufgenommen haben und jetzt schon nicht wissen, wovon sie leben sollen.

Der in İstanbul ansässige Eigentümer von MAS-DAF ist nicht der einzige Unternehmer, dem seine Beschäftigten und der Standort Düzce gleichgültig sind. Offenbar gibt es eine Reihe von Unternehmern, die in Zukunft eher in Gebieten im Osten der Türkei investieren wollen, in denen die Arbeitslosigkeit noch

höher ist und gewerkschaftliche Organisation auf noch größere Schwierigkeiten stößt – vorausgesetzt, der türkische Staat unterstützt diese Investitionen mit weiteren Subventionen. Jedenfalls sagte der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer von Düzce, Metin Büyük, schon im Jahr 2008: »Wir [in Düzce] sind nicht an neuen Investitionsanreizen interessiert. Wir haben die Investitionen bekommen, die wir brauchen. [...] Wir unterstützen Subventionen, aber sie sollten in die östlichen Provinzen wie Erzurum oder Hakkari fließen«. Offenbar hoffen die Herrschenden, durch Investitionen in den kurdischen Provinzen und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht nur die Konflikte mit der kurdischen Bevölkerung zu befrieden, sondern auch neue Märkte im Mittleren Osten und in Zentralasien zu erschließen. Anders ist schwer erklärbar, warum der Vertreter einer lokalen Industrie- und Handelskammer fordert, nicht in seiner eigenen, sondern in anderen Regionen zu investieren.

DAMIT UNSERE ENKEL EINMAL UNTER BESSEREN BEDINGUNGEN LEBEN KÖNNEN

Der unter schwierigen Bedingungen geführte Arbeitskampf der MAS-DAF-Beschäftigten hat sich in mancher Hinsicht bereits gelohnt. Durch ihre Beharrlichkeit ist es ihnen gelungen, in den Medien ein positives Echo zu erzielen und Solidarität seitens der Bevölkerung und verschiedener Gewerkschaften zu erhalten. In Ankara, wohin sie fast 300 km marschierten, erhielten sie am 29. Juli 2011 die Unterstützung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Auch das Ministerium für Arbeit und Soziales sah sich daraufhin gezwungen, sich in den Fall einzuschalten und versprach, sich für eine Lösung des Konfliktes einzusetzen. Allerdings bedeutete dieses Versprechen faktisch eine erneute Verschiebung der Lösung des Konflikts. Ähnlich wie bei anderen gesellschaftspolitischen Themen lenkte die Regierung von Ministerpräsident Erdogan die Aufmerksamkeit auf den Verfassungsentwurf, der Ende dieses Jahres von einer Kommission verabschiedet werden und in den Vorschläge für die Erleichterung gewerkschaftlicher Organisation und den Abschluss von Tarifverhandlungen einfließen sollen. Angesichts der entgegengesetzten Positionen der in der Kommission vertretenen Parteien und der starken Stellung der Bourgeoisie im Diskurs um eine neue Verfassung wird dies nicht automatisch erfolgen. Folglich dauern die Aktionen der Arbeiter vor dem Betriebsgelände immer noch an. Sie sind entschlossen, den Druck auf die Konzernleitung und die Politik weiter aufrecht zu erhalten.

Der Vorsitzende von Birleşik Metal-İş, Adnan Serdaroğlu, betonte bei einer Pressekonferenz vor dem Ministerium für Arbeit und Soziales, es reiche nicht, die Probleme nur in einzelnen Betrieben zu lösen. »Denn heute kann das Problem bei MAS-DAF gelöst werden, aber woanders herrschen weiter Probleme. Für uns ist wichtig, dass die Hürden für eine gewerkschaftliche Organisation generell beseitigt werden. Wir wollen gesetzliche Sicherheiten, um antidemokratisches und gesetzeswidriges Verhalten der Arbeitgeber zu verhindern. Das ist unsere Forderung, und dafür werden wir bis zum Ende kämpfen«.

Wie Arbeiter von MAS-DAF im Gespräch mit Teilnehmenden eines vom DGB-Bildungswerk Hessen organisierten Bildungsurlaubs im Juni 2011 in Istanbul deutlich machten, geht es ihnen nicht mehr alleine um den Lohn oder um die Wiedereinstellung. In diesem Kampf geht es auch um ihre Würde, um ihre grundlegenden Rechte. Einer der Arbeiter, gerade Großvater geworden, äußerte, er wünsche sich, dass seine Enkel einmal unter besseren Bedingungen leben können. ■■■

* * *

Spenden für die kämpfenden Arbeiter können unter Angabe des Stichworts »MAS-DAF« an ihre Gewerkschaft überwiesen werden:

Kontoinhaber: Birleşik Metal-İş (Konto in Euro)
Kreditinstitut: Yapı Kredi Bankası
IBAN: Tr 480006701000000060824151
Bankleitzahl:682
SWIFT-Code: YAPITRIS

Solidaritätsschreiben können an die Adresse der türkischen Metallgewerkschaft gerichtet werden:

Birleşik Metal İş
Tünel Yolu Cad. No:2
Bostancı/İSTANBUL
Türkei

Protestschreiben können an die Adresse von MAS-DAF gerichtet werden:

MAS-DAF
ATASEHİR BULVARI
ATA ÇARŞI K. 4 No: 59
ATAŞEHİR / İSTANBUL / TÜRKEI

WIDERSTAND GEGEN ZENTRALISMUS UND VERMARKTLICHUNG. DER YÖK IM FOKUS KRITISCHER STUDIERENDER

VON İSMAİL D. KARATEPE

In den vergangenen 20 Jahren haben sich die dominanten Akteure an den türkischen Hochschulen rapide gewandelt. Die in den 1990er Jahren im Umfeld des Hochschulrats YÖK als »Kemalisten« bekannten Kader sind nach den Wahlsiegen der AKP durch Kader, die ihrer ideologischen Linie nahestehen, ersetzt worden. Einstmals wichtige und die Hochschulpolitik bestimmende Personen wie der ehemalige Rektor der Istanbul Universität Kemal Alemdaroğlu verloren ihre Ämter. Die Neubesetzung von Ämtern ist allerdings nicht mit einem grundsätzlichen Wandel in der Hochschulpolitik verbunden. Die neoliberale Transformation der Hochschulen wurde unter der AKP allenfalls beschleunigt. Die seit den 1990ern ununterbrochen anhaltende Vermarktlichung und die sie begleitenden anti-demokratischen Maßnahmen stoßen seither auf den Widerstand und den Protest der Studierendenbewegung.

TRANSFORMATION DER HOCHSCHULEN

Das Jahr 1980 markiert einen radikalen Wandel in der Hochschulpolitik der Türkei. Der Militärputsch am 12. September 1980 hat erhebliche Veränderungen in der Eingliederung der Universitäten in das politische System und in die Wirtschaftspolitik erwirkt. Der von Uniformträgern initiierte Wandel hat die wissenschaftliche Autonomie in großem Maße zerstört. Die militärische Bürokratie hat die Verwaltung der Hochschulen am 6. November 1983 an zivile Machthaber übergeben, die der Junta nahe standen. Unter dem Dach des Hochschulrats YÖK (Abk. von Yüksek Öğretim Kurulu) versammelt, wachen vom Staatspräsidenten ernannte Bürokraten seitdem über die Hochschulen in der Türkei.

Die Debatten über die Hochschulen drehen sich sowohl um ihre Funktionsweise als auch um ihr Verhältnis zur Autonomie von Forschung und Lehre. In die Debatten über die Restrukturierung der Hochschulen in der Türkei waren jedoch nicht nur der Hochschulrat und die Regierungen involviert. Insbesondere TÜSIAD (Verband der Industriellen und Unternehmer der Türkei) aber auch andere Unternehmerorganisationen haben sich aktiv in die Auseinandersetzung eingebracht und eine bestimmende Rolle gespielt. Eine knappe Betrachtung des Beitrags, den TÜSIAD

zu den Debatten über den Wandel der Hochschulen geleistet hat, ist hilfreich, um den aktuellen Status der Hochschulen und darüberhinaus die ideologischen Grundlagen zu verstehen, mit denen der Wandel legitimiert wurde.

Während der Militärputsch den institutionellen Rahmen für den Wandel schuf, formuliert der 1994 für TÜSIAD angefertigte Bericht »Hochschule, Wissenschaft und Technologie in der Türkei und der Welt« die inhaltliche Stoßrichtung des angestrebten Wandels der Hochschulen. Der Bericht wurde zu einer bestimmenden Referenzquelle für spätere Berichte. Er definiert das bestehende Hochschulsystem als eine »an die staatliche Autorität angelehnte bürokratische Konstruktion« und als Hort einer »akademischen Oligarchie« und stellt ihm das Modell einer stärker marktkonformen Hochschule entgegen. TÜSIAD veröffentlichte nach diesem Bericht viele weitere Berichte und organisierte zahlreiche Seminare und Sitzungen zur marktkonformen Hochschule.

Kemal Gürüz, der Leiter des Teams, das den Bericht für TÜSIAD verfasst hat, wurde 1995 zum Vorsitzenden von YÖK ernannt und führte dieses Amt bis in die Regierungszeit der AKP hinein fort. Die von TÜSIAD vorgeschlagene Linie wurde unmittelbar zur Politik von YÖK. Seine Nachfolger im Amt verfolgten die Linie unhinterfragt weiter. Zuletzt hat der Hochschulrat im Juli 2006 einen Bericht mit dem Titel »Die Hochschulstrategie der Türkei« veröffentlicht. Die inhaltliche Übereinstimmung zum 1994er Bericht ist frappierend. Neben der neoliberalen Kritik an verkrusteten bürokratischen Strukturen werden Normen wie Hochschulautonomie, Vermarktlichung oder Leistungsfähigkeit zu Maßstäben erhoben.

Für die dominanten Klassen in der Türkei, vertreten durch ihre Verbände, ist der neoliberale Wandel zu einer Notwendigkeit geworden. Sowohl während der Herrschaft der »Kemalisten« als auch der »Islamisten« waren sie die treibende Kraft für ein marktkonformes Hochschulmodell. Unterschiedliche oder gar als einander feindlich gesinnt definierte politische Kräfte (die Kemalisten versus die Islamisten) haben gleichermaßen das Projekt eines marktkonformen

Hochschulmodells akzeptiert. Zugleich sorgt das Projekt sorgt für eine fortgesetzt volle Tagesordnung der Studierendenbewegung. Der anti-demokratische Aufbau des YÖK und seine Maßnahmen bewirkten eine permanente Spannung zwischen dem YÖK-System und den Forderungen nach mehr Demokratie und Autonomie der Studierenden. Die alljährlichen Jubiläumsfeiern zur Gründung des YÖK waren Anlass für landesweite Protestkundgebungen, bei denen hunderte Studierende zusammenkamen.

DIE STUDIERENDENBEWEGUNG, DIE 1990ER, DIE ISLAMISTEN...

In der Türkei sind verschiedene Regierungen und Projekte mit der Opposition der Studierendenbewegung konfrontiert gewesen. Dabei hat die Bewegung der AKP zweifellos am meisten Kopfschmerzen bereitet. Bevor die AKP an die Regierung gelangte, werteten islamistische Kräfte jede Initiative der Studierenden als Protest gegen »die sich auf die kemalistische Staatsautorität stützende Bürokratie« und gegen »die akademische Oligarchie«. Dies war gewissermaßen eine naive und einseitige Wertung. Die Islamisten positionierten sich auch – zumindest auf der diskursiven Ebene – gegen den Hochschulrat YÖK als ein disziplinierendes Produkt des Militärregimes. Die führenden islamistischen Medien hegten meistens Sympathien für die studentischen Proteste.

In den 1990ern richtete sich die Studierendenbewegung nicht nur gegen unmittelbare Erscheinungen des marktwirtschaftlichen Wandels wie die Erhöhung von Studiengebühren, Privatisierung von Kantinen und Kommodifizierung von Wissen. Gleichzeitig positionierte sie sich gegen die Träger dieser Politik und hinterfragte deren ideologischen Standpunkt. Der neoliberale Wandel war in der Türkei mit über die Maßen repressiven Mitteln durchgesetzt worden. Anti-demokratische Maßnahmen waren an den Hochschulen ziemlich verbreitet. Die auf dem politischen Feld autoritären und dem ökonomischen Feld liberale Politiken der als kemalistisch geltenden Machthaber nach dem Putsch bildeten die Grundmotivation der Studierendenbewegung. Zum Beispiel waren der Rektor Kemal Alemdaroğlu und seine Stellvertreterin Nur Serter berüchtigt für ihre anti-demokratischen Maßnahmen an der Hochschule und wurden häufig Gegenstand von Protesten der mehr Demokratie fordernden Studierenden. In den Protesten gegen wichtige Figuren des Kemalismus kamen somit zwei Anliegen der Studierendenbewegung zusammen, die sich gegen Neoliberalismus und Autoritarismus rich-

ten. Da die islamistische Bewegung und ihre Medien Neoliberalismus und Autoritarismus kurzerhand mit »Kemalismus« gleichsetzten, interpretierten sie den Protest der Studierendenbewegung einseitig als Protest gegen »Kemalismus« und übersahen geflissentlich die Kritik am neoliberalen Wandel.

HERRSCHAFT DER AKP UND DIE STUDIERENDENBEWEGUNG

Doch auch der Protest der islamistischen Bewegung gegen Autoritarismus richtete sich nicht gegen Autoritarismus als solchen, sondern nur gegen dessen Erscheinungsform im Kleide des Kemalismus. So haben die seit 2002 aufeinander folgenden AKP-Regierungen nicht wie versprochen den anti-demokratischen Status von YÖK verändert, der die Autonomie der Hochschulen beschneidet. Stattdessen hat die AKP die Kader in den Schlüsselpositionen ausgetauscht. Während die als Kemalisten bezeichneten Kader ersetzt wurden, wurden die Schlüsselpositionen in der Regel mit Kadern oder Sympathisanten der islamistischen Bewegung besetzt. Diese Kader haben nun die alte YÖK-Linie voll übernommen. Zum Beispiel haben sie die (vor dem Machtantritt der AKP) auch von islamistischen Intellektuellen viel kritisierten Disziplinarverordnungen der Hochschulen aus dem Jahr 1985 nicht verändert. Die existierenden Disziplinarverordnungen wurden mit der Regierungsübernahme durch die AKP nicht nur gegen kemalistisch auftretende Akteure, sondern auch gegen Opponenten der AKP angewandt.

Die AKP hat den Neoliberalismus in der Türkei weiter vorangetrieben, so auch die marktkonforme Transformation der Hochschulen. Die während der AKP-Periode erneut aufgeflamte Studierendenbewegung hat wie auch die vorangegangenen Generationen gegen diese Transformation protestiert. »Wir widersetzen uns der AKP« wurde ein populärer Slogan der Bewegung. Die als Protestmittel gegen die AKP und ihre Bündnispartner symbolisch zum Einsatz gebrachten Eier wurden zum Anlass, das Verhältnis zwischen Herrschaft und Gewalt in der Türkei zu hinterfragen. Obwohl es nicht wie in den 1990ern gelang, große Massen zu mobilisieren, war die Studierendenbewegung eines der lebendigsten und schillerndsten Subjekte gesellschaftlicher Opposition. Mit ihren Protesten konnte sie oftmals die öffentliche Aufmerksamkeit erregen.

Die Haltung der AKP gegenüber diesen Protesten war sehr harsch. Heute sind an die 500 Studierende inhaftiert. Unter den Verhaftungsgründen befinden

sich solche, die das Strafrecht der Mussolini-Zeit in den Schatten stellen. Tausende Studierende sind mit Disziplinarverfahren zur Entfernung von der Hochschule konfrontiert, die aufgrund der Teilnahme an Protesten eingeleitet wurden. Die kleinste Kundgebung von Studierenden, selbst der Protest gegen die Privatisierung einer Kantine, kann zu einem Kriminalfall gemacht werden. Die harsche Haltung der AKP gegenüber der Studierendenbewegung steht der Periode militärischer Verwaltung nach 1980 in nichts nach. Es wird offenbar, dass die sogenannte Normalisierung der Politik in der Türkei nicht für den politischen Umgang mit der Studierendenbewegung gilt.

Wichtige Figuren der AKP sowie islamistische Intellektuelle, die vor der Regierungsübernahme durch die AKP noch Sympathien für die Studierendenbewegung hegten, sind gegenwärtig damit befasst, letztere systematisch zu kriminalisieren. Das Interessanteste hierbei ist, dass die islamistischen Intellektuellen Proteste gegen die AKP als Machenschaften derer darstellen, die angeblich das »bürokratisch-kemalistische Vormundschaftsregime« wollen. Mit dieser Figur wird die massive Repression gegen die Studierenden gerechtfertigt, Opfer werden zu Tätern gemacht.

Obwohl die Studierendenbewegung kaum die mediale Präsenz erlangte wie diejenige aus Chile, kann von konkreten Erfolgen gesprochen werden. Die hartnäckige und militante Haltung gegen die Erhöhung von Studiengebühren stellt eine wichtige Voraussetzung dafür dar, dass es bis heute zu keinen bedeutsamen Erhöhungen gekommen ist. Die an vielen Hochschulen durchgeführten Proteste gegen die Erhöhung von Preisen im öffentlichen Personennahverkehr sowie in Kantinen haben von Zeit zu Zeit zur Rücknahme der Preiserhöhungen geführt. Manchmal fokussierten die Kämpfe auf kostenlose Benutzung von Transportmitteln und gegen die marktkonforme Transformation der Kantinen. Wie die Kolumnistin Pınar Öğünç treffend bemerkte, haben die Studierenden aufgezeigt, dass »die Kantine niemals nur die Kantine ist«^[1]. Noch wichtiger ist, dass diese Proteste die Hochschulen zu widerständigen Orten gegenüber der neoliberalen Transformation machten.

Unabhängig davon, wer gerade die Regierung stellte, hat die Studierendenbewegung in den 30 Jahren nach dem 12. September-Putsch konsequent gegen die Vermarktlichung und die sie begleitenden antidemokratischen Maßnahmen opponiert. Ohne in die Dichotomien Kemalismus/Islamismus und bürokratische/zivile Mentalität zu verfallen, hat die Studierendenbewegung nach 1980 eine dauerhafte Opposition gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft und die Träger dieses Projekts etablieren können. Zumindest gegen das von der Bourgeoisie seit langer Zeit verfolgte Projekt der marktkonformen Hochschule konnte Druck aufgebaut werden. Daneben hat die Studierendenbewegung eine wichtige Rolle in der Erweiterung des politischen Handlungsfelds der Linken in der Türkei gespielt, indem sie aufgezeigt hat, dass es zu den autoritären Tendenzen, die den Neoliberalismus begleiten, alternative Wege der politischen Initiative gibt. ■

[1] In ihrer Kolumne in der Tageszeitung Radikal vom 02.01.2012.

»WIR SIND MEHR GEWORDEN. UND MUTIGER«

EIN INTERVIEW MIT LGBT*-AKTIVISTINNEN ŞEVVAL KILIÇ UND CIHAN HÜROĞLU
VON ANNE STECKNER

Gibt es eine LGBT-Bewegung in der Türkei oder trennt die Realität LGB-Probleme von Trans*-Kämpfen?*

Şevval: Wir demonstrieren zusammen, aber unsere Alltagswelt sieht ziemlich unterschiedlich aus. Der Trans*-Kampf bewegt sich noch auf einer sehr existenziellen Ebene: ›Gewöhnt euch an uns. Tötet uns nicht!‹. Es geht darum, erstmal das Recht auf unverehrtes Leben einzuklagen. Wir können nicht von Menschenrechten sprechen, solange man uns Trans* zuweilen die Menschlichkeit abspricht. Wir lernen unfreiwillig, von Geburt an zu kämpfen: in der Familie, in der Schule, bei den Behörden. Nichts ist selbstverständlich. Es gibt alltägliche Diskriminierung mit Bezug auf Arbeit, soziale Sicherung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnungsmarkt oder Kreditaufnahme.

Cihan: LGBs und Trans* kennen sich, wir haben Kontakte untereinander und an vielen Punkten eine gemeinsame Agenda. Übrigens anders als in Deutschland, wo ich die Welten als noch viel getrennter erlebt habe. Aber dass es bei SPoD zum Beispiel keinE Trans*-AktivistIn gibt, ist eine Realität, die für sich spricht. Wir würden aber gern mehr kooperieren.

Welche Schwerpunkte setzt ihr in eurer Arbeit?

Cihan: Das Wissen über die Lebensrealitäten von LGBT*s ist immer noch gering. Wir brauchen mehr Statistiken, Berichte mit konkreten Daten und gut dokumentierte Rechtsfälle. Mit der Unterstützung von Anwälten müssen wir klare Präzedenzfälle schaffen. Das ist nicht street level struggle, klar, aber so schaffen wir neue Rahmenbedingungen für die Bewegung. In der Türkei gibt es kein Gesetz, das die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität ausdrücklich verbietet. Aus einem Entwurf für ein neues Anti-Diskriminierungsgesetz wurde die sexuelle Identität wieder rausgeworfen, jetzt liegt es auf Eis. Ein nächster Schritt wäre ein Gesetz gegen Hassverbrechen. Und danach müsste das Arbeitsrecht um LGBT*-Themen erweitert werden. Ja ja, eins nach dem anderen... Es kommt auch auf die Rechtsauslegung, die Praxis der Gerichte an. Deswegen ist sozialer Protest und Druck aus der Gesellschaft so wichtig.

Şevval: Wir versuchen, mehr Trans* für unsere Anliegen zu interessieren. Das passiert zuallererst über freundschaftliche Unterstützung, nicht über politische Inhalte. Anders kommst du an die Leute nicht ran. Und was Gesetze betrifft: Es gibt erste Anstrengungen, Unternehmen auf (bereits existierende) gesetzliche Quotenregelungen für körperlich behinderte Arbeitskräfte aufmerksam zu machen. Eine ähnliche Regelung könnte für Trans* etabliert werden. Aber dieser Weg ist in der Bewegung sehr umstritten, die Leute sagen: Was soll das? Wir sind doch nicht eingeschränkt arbeitsfähig.

Also noch keine Möglichkeit für Trans-Menschen, andere Jobs zu machen als Sexarbeit?*

Şevval: 99% der Trans* in der Türkei sind SexarbeiterInnen. Das ist Fakt. Die Sexarbeit suchen wir uns nicht freiwillig aus. Dazu wird man gezwungen, wenn es keine anderen Möglichkeiten der Existenzsicherung gibt. Es gibt einfach null Möglichkeiten, sich ins System zu integrieren. Anders als viele Schwule und Lesben können wir uns nicht verstecken, nicht unsichtbar machen.

Wie sichtbar sind LGBs?

Cihan: Also, erstmal ist die Sichtbarkeit eine persönliche Entscheidung. An einem Pride March teilzunehmen, macht natürlich sichtbar, und immer mehr LGBs tun es auch. Es ist schwierig, sich im Alltag ständig zu verstecken, denn das heißt letztlich, die eigene Person zu verleugnen. Dennoch bleibt es extrem heikel, die sexuelle Orientierung am Arbeitsplatz zu offenbaren. Hier in Istanbul geht das in bestimmten Kreisen, aber anderswo ist es ein hohes persönliches Risiko.

Auch eine Klassenfrage?

Cihan: Natürlich. Gebildete und Gutverdienende können sich Wohnungen an Orten gehobener Preisklasse leisten, wo mehr Toleranz und Offenheit herrschen. Während die Armen auf soziale Gemeinschaft, Verbindlichkeit und familiären Zusammenhalt im *Mahalle* angewiesen sind. Die können sich ein Aus-

scheren aus den moralischen Codes nicht leisten. Wir haben zwar vereinzelt direkte Kontakte zu schwulen Arbeitern, die uns ab und zu aufsuchen. Aber es gelingt uns noch nicht, die konkreten Bedingungen für ihre Integration in die Bewegung zu schaffen.

Tarlabaşı, ein Einwandererviertel in unmittelbarer Nachbarschaft zur bekannten Vergnügungsmeile Istanbuls, wurde von der Kommunalbehörde zum Stadtsanierungsprojekt für hochpreisigen Wohnraum deklariert. Die Einwohner von Tarlabaşı, viele von ihnen BinnenmigrantInnen und Sex-ArbeiterInnen, sind durch die Abriss- und Aufwertungsmaßnahmen seit Jahren von Verdrängung bedroht. Zugleich ist Tarlabaşı der Ort, an dem Trans vergleichsweise unbehelligt leben und arbeiten können. Wie ist dort Arbeiten, (Über)Leben und Kämpfen miteinander verschränkt?*

Şevval: Wir können nicht über Tarlabaşı reden, denn Tarlabaşı gibt es nicht mehr. Seit einigen Monaten wird dort alles platt gemacht. Viele Leute sind schon weg, andere werden bald geräumt.

Wo sind die Trans hin?*

Şevval: Ich weiß es in den meisten Fällen nicht. Wir verteilen uns jetzt über die gesamte Stadt. Es gibt besondere Ecken weiter draußen, an denen sowas wie Ghettos entstehen: Merter, Maltepe, Beylikdüzü zum Beispiel. Das sind grausame Orte, dort sind die Messer die Sprache der Straße. Das Schlimme ist: Viele Trans* geben sich selbst die Schuld, wenn sie Opfer von Gewalt werden. Dabei haben die Bullen durch laxer Handhabung junge Männer oft geradezu ermuntert, uns anzugreifen. Zuerst dachten wir auch, scheiße im Ghetto zu leben, aber mittlerweile haben wir gewisse Vorteile erkannt: Wenn auch am Arsch der Welt, sind wir wenigstens nicht allein, können besser aufeinander aufpassen. Die Arbeit dort läuft mittlerweile einigermaßen ungestört.

Unter welchen Bedingungen arbeitet ihr konkret? Gibt es Organisationsansätze?

Şevval: Abgesehen von freundschaftlichen Netzwerken, gegenseitiger Beratung und akuter Hilfe in Not-situationen arbeitet doch meistens jedeR für sich, individualisiert. Es gibt noch nicht viele Versuche sich zu organisieren. Da fehlt auch die institutionelle Anbindung an unsere Arbeit. Viele Organisationen, auch linke, sind seit Jahren mit der Frage beschäftigt, ob Sexarbeit ein reguläres Gewerbe sein kann und darf

oder nicht. Die tun sich schwer damit, unsere Erwerbsquelle offiziell anzuerkennen. So lange können wir nicht warten.

Cihan: Ja, das ist ein Problem. Auch viele LBGs würden Sexarbeit nicht öffentlich verteidigen. Und linke Diskussionen über Sexarbeit bleiben an dem Punkt stehen, wo es um die Kommodifizierung des Körpers geht. Immerhin: Die BDP-Abgeordnete Sebahat Tuncel hat uns im Rahmen des »Demokratischen Kongresses der Völker« explizit eingeladen, unsere Anliegen einzubringen. Sie ist eine Schlüsselperson für uns.

Welche anderen Gruppen unterstützen euch? Wo gibt es themenübergreifende Bündnisse?

Şevval: Im Grunde gibt es recht große gesellschaftliche Unterstützung für uns, das zeigt sich vor allem in der breiten Solidarität gegen Hassverbrechen, Diskriminierung und Polizeigewalt. Kurdische und Migrationsgruppen, Feministinnen, Menschenrechtsaktive, die Antikriegsbewegung, 1.Mai-Zusammenschlüsse und andere mehr. Die kommen auf unsere Demos. Wir unterstützen sie auch. Also ein bunter Strauß...

Auch islamische Organisationen?

Şevval: Um Gottes willen [lacht]. Nee, die natürlich nicht. Das geht gar nicht.

Cihan: Linke Gruppen sind erstmal natürliche Bündnispartner für uns, dort gibt es jedenfalls die größte Neugier. Doch die meisten von ihnen setzen sich mit LGBT*-Themen nicht tiefer auseinander. Die gemeinsame Erfahrung als Unterdrückte vereint andere Gruppen mit uns, aber sobald du mal nachhast: »Was wenn die Tochter lesbisch wäre?«, oder wie sie zu Sexarbeit stehen, dann trennen sich die Welten. Auch von Gewerkschaftsseite tut sich wenig. Eine positive Ausnahme war die ehemalige Vorsitzende der Lehrgewerkschaft Eğitim Sen, die auf einem Symposium der LGBT*-Organisation Pembe Hayat zu Arbeitsrecht gesprochen hat und sich gegenüber einer Debatte um Rechte von SexarbeiterInnen sehr aufgeschlossen zeigte. Dass sie überhaupt dort vorgetragen hat, sind erste kleine Schritte in Richtung künftiger Zusammenarbeit.

Werden LGBT-Themen in den Gewerkschaften überhaupt thematisiert?*

Cihan: Ein sensibles Thema. Wir kriegen von manchen Personen der Führungsebene in den Gewerk-

schaften signalisiert, dass man unsere Anliegen durchaus teile, die gewerkschaftliche Basis aber wenig Aufgeschlossenheit zeige. Der LGBT*-Verein KAOS-GL hat erste Kontakte zu Eđitim Sen aufgebaut, um Kurse anzubieten zu Anti-Diskriminierung, besonders für die SozialarbeiterInnen an den Schulen. Das scheint gut angenommen zu werden, weil die meisten wenig Erfahrung haben im Umgang mit dem Thema. Ich denke auch: LBGT*-Impulse müssen von unten verankert werden, damit Sichtweisen sich ändern. Insgesamt stehen wir da aber noch ganz am Anfang. Ein anderes Problem ist, dass Frauen in den Gewerkschaften derart unterrepräsentiert sind, dass die internen Strukturen teilweise mit ganz anderen Problemen konfrontiert sind. LGBT* ist meistens noch nicht auf der Agenda.

Was hat sich seit Machtantritt der AKP mit Blick auf LGBT-Kämpfe verändert?*

Şevval: Wir sind mehr geworden. Und mutiger. Jetzt fragen wir nicht mehr vorher, ob wir ne Demo veranstalten dürfen oder ne Aktion vor dem Gericht machen, um den diensthabenden Polizeichef öffentlich anzuklagen. Aber die Hassmorde an Trans* haben zugenommen, das feindliche Klima wird von der Regierung noch verschärft: Wie kann jemand wie die ehemalige Familienministerin Aliye Kavaf behaupten, Homosexualität sei eine Krankheit, die man behandeln müsse?

*Die neue Familienministerin der AKP, Fatma Sahin, bekundet indes, sie wolle sich für die Rechte von LBGT*s einsetzen...*

Cihan: Vordergründig schlägt Fatma Sahin einen anderen Ton an und bemüht sich um Kontakte zur Frauenbewegung. Aber das bleibt auf rein symbolischer Ebene. Eine Vertreterin von Pembe Hayat wurde zusammen mit hunderten anderen Frauenorganisationen zu einer Anhörung über den Gesetzesentwurf zur Prävention von Gewalt gegen Frauen eingeladen, ihre Forderungen aber nicht weiter berücksichtigt. Die Botschaft im nun verabschiedeten Gesetz ist klar: Es geht darum, die Institution der heterosexuellen Kleinfamilie zu stärken, nicht primär um Gewaltprävention. Nichtsdestotrotz: Die Aussage von Aliye Kavaf hat großen Protest in oppositionellen Kreisen hervorgerufen. Sowas kann heute nicht mehr unkommentiert gesagt werden.

Şevval: Gesagt werden kann vieles^[1]. Aber stimmt, jetzt ziehen sich die Politiker hinter Floskeln zurück.

Vor der AKP waren Repression, Hass und Diskriminierung roh: Wir wurden regelmäßig von den Bullen zusammengeschlagen oder gefoltert. Jetzt hat die Gewalt subtilere Formen angenommen, über Diskurse in den Medien. Auch die Polizei behandelt uns nicht mehr so wie früher. Die trauen sich jetzt weniger, weil sie wissen, dass wir laut werden und uns juristisch wehren.

Keine Folter mehr auf den Polizeistationen??

Şevval: Doch, aber spürbar weniger als früher. Die fassen uns nicht mehr an. Ist jedenfalls unsere Erfahrung. Ich glaube, das liegt auch daran, dass mehr Religiöse bei der Polizei arbeiten als früher. Anfassen ist tabu, denn wir sind ja besonders schlimme Sünder.

Cihan: Mein Eindruck ist, die Gesellschaft wird insgesamt konservativer. Religion, traditionelle Werte und Moral spielen eine größere Rolle in den Fernsehprogrammen, gerade in den konservativen Kanälen. Du findest keine schwulen Charaktere in den TV-Serien. Wenn dann doch mal einer vorkommt, gibt es einen Aufschrei und er wird umgehend rausgenommen. Dabei sah man in besagter Szene einfach nur zwei Männer nebeneinander auf dem Bett. Mehr war nicht.

Şevval: Ja, der Schwule wurde als ganz normaler Mensch dargestellt, mit guten und schlechten Eigenschaften, nicht als exotische, durchgeknallte Schwuchtel.

Cihan: Aber der Regisseur der Serie wollte sich nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Also flog die Figur raus. Es gibt kaum alternative Identifikationsangebote im türkischen Fernsehen, die Programme sind voll mit klassischen Rollenmustern. Das hat enorme alltagskulturelle Auswirkungen, auch auf die normativen Bilder von Männlichkeit.

Konnte die wachsende Zahl an Kriegsdienstverweigerern da keine Akzente setzen? Die haben mit ihren Kampagnen doch auch neue Impulse in das klassische männliche Rollenverständnis gebracht...

Cihan: Leider hat dies bislang geringe Auswirkung auf gesellschaftliche Einstellungen gegenüber LGBT* und den Geschlechterverhältnissen im Allgemeinen. Zugleich hat die Gewalt gegen Frauen unter der AKP sogar noch zugenommen.

Was würdet ihr als euren größten Erfolg in den letzten Jahren bezeichnen?

[1] Der Kolumnist Serdar Arseven beispielsweise schrieb 2008 in der islam-nationalistischen Zeitung Yeni Akit einen Artikel, in dem er Schwule und Lesben als Perverse bezeichnete. Ihm wurde daraufhin vom obersten Berufungsgericht eine Geldbuße von 2.000 Lira (ca. 1.000 Euro) auferlegt, die Zeitung musste 4.000 Lira Kompensation zahlen.

Der Oberbürgermeister von Ankara, Melih Gökçek sagte in einem Interview: »Inshallah wird in unserer Türkei einen Schwulen

Şevval: Den Trans*-Pride! Es waren so viele verschiedene Menschen dabei, ein riesiges Fest. Und im Alltag: Wir werden von der Polizei nicht mehr dauernd mit routinemäßigen Geldbußen wegen angeblicher Störung der öffentlichen Ordnung schikaniert. Das hat etwas nachgelassen, weil wir begonnen haben, uns zu wehren.

Cihan: Unsere neue Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Nach der verbalen Entgleisung von Aliye Kavaf [s.o.] gab es viele Anfragen an uns für TV-Diskussionen und Stellungnahmen. Wenn sie uns mit selbst ernannten Experten diskutieren lassen, deren Argumente auf der Linie von Kavaf sind, geht es auch darum, die Einschaltquoten zu erhöhen. Aber sie können unsere Position nicht länger übergehen. Auch bei einer Parlamentsdebatte um die neue Verfassung waren wir als LGBT* vor Ort, haben mit Abgeordneten gesprochen und die stellvertretenden Parteivorsitzenden von BDP, AKP und CHP getroffen. Das ist alles offiziell dokumentiert. Auch wenn unsere Forderungen später wieder aus dem Katalog herausgenommen wurden, an der öffentlichen Präsenz von LGBT*s kommt man jetzt nicht mehr so leicht vorbei.

Noch vor wenigen Jahren war diese Präsenz auf wenige, zumeist westtürkische Städte begrenzt. Jetzt sprießen zahlreiche Initiativen auch in anderen Teilen der Türkei aus dem Boden...

Şevval: Ja, wir waren letztes Jahr als Trans*-Gruppe auf dem kurdischen Newroz-Frühjahrsfest in Diyarbakir und sind von anderen Teilnehmenden überraschend neugierig und wohlwollend aufgenommen worden. Viele wollte wissen, was die Regenbogenfahne bedeutet. »Demokratie, Freiheit und soziale Rechte für alle« haben wir gesagt. Damit konnten sie was anfangen, auch die Leute aus den Dörfern.

Cihan: Newroz ist eine besondere Situation. Im Alltag haben viele LGBs Angst, sich zu outen. Sogar im Internet herrscht größte Vorsicht, schließlich sind auch Schwule von Hassmorden betroffen. Es ist weiterhin sehr schwierig, entgegen der traditionellen Familiennormen zu leben. Der gesellschaftliche Konservatismus bleibt ein großes Problem.

Vielen Dank für das Gespräch. ■■■

Şevval Kılıç ist Mitbegründerin von LGBTTT Istanbul und arbeitet als Freiwillige bei Kadın Kapısı in der Gesundheitsaufklärung, HIV/AIDS-Prävention und

rechtlichen Beratung insbesondere für Sexarbeiterinnen.

Cihan Hüröğlü arbeitet beim Verein Sosyal Politikalar Cinsiyet Kimliği ve Cinsel Yönelim Çalışmaları Derneği (SPoD), der sich über Lobby- und Kampagnenarbeit auf den strukturell-rechtlichen Wandel in den Bereichen Anti-Diskriminierung und soziale Rechte für LGBT*s konzentriert.

Bürgermeister nicht geben und es darf auch keinen geben«. Siehe: <http://www.spod.org.tr/turkce/melih-gokceke-cevap>

DIE KURDISCHE PROLETARISIERUNG

VON MURAT ÇAKIR

Der in Muş geborene Mehmet Yalçın war 31 Jahre alt, als er am 25. Februar 2011 in seinem Dorf elendig starb. Zuerst dachten die Ärzte, Mehmet leide an Tuberkulose. Doch es handelte sich um eine chronische Pneumokoniose, Silikose. Viel zu lange hatte er Staub eingeatmet – drei Jahre lang beim Bleichen von Jeans in einem der dunklen Hinterhofateliers in Istanbul-Güngören. Als Niedriglöhner und ohne Sozialversicherung.

Mehmet ist kein Einzelfall. Er gehörte zu den rund 600 an Silikose erkrankten kurdischen TextilarbeiterInnen, von denen in den letzten 5 Jahren über 50 starben. Mehmet war Nummer 49. Er starb just an dem Tag, an dem eine befristete Gesetzesänderung in Kraft trat, die für an Silikose erkrankte ArbeiterInnen auf Antrag eine monatliche Zahlung vorsah. Die Betroffenen hatten bis zum 24. Mai 2011 Zeit, ihren Antrag zu stellen. Abgeordnete der prokurdischen BDP hatten diese Gesetzesänderung initiiert. Für Mehmet kam sie zu spät.

Die Tragödie der kurdischen Niedriglöhner ist das Ergebnis einer unsäglichen Entwicklung in der Türkei, in deren Folge die kurdische Frage zu einem Synonym für Armut, Proletarisierung und Hunger geworden ist. Im Zuge des seit über 30 Jahren andauernden Krieges und des autoritären Neoliberalismus der AKP-Regierung haben sich in der Türkei die Klassegegensätze verschärft und eine Ethnisierung der sozialen Frage hervorgebracht.

»DIE ARMUT IST KURDISCH«

Zahlreiche Studien bestätigen diese Entwicklung. Das Zentrum für wirtschaftliche und gesellschaftliche Studien (BETAM) der Bahçeşehir Universität führte 2011 eine Untersuchung über die »Positionierung auf dem Arbeitsmarkt anhand muttersprachlicher Unterschiede« durch und stellte eine besondere Prekarisierung von KurdInnen fest^[1]. Laut dieser Studie liegt der Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit kurdischer Muttersprache bei knapp 38 Prozent. 66,3 Prozent von ihnen sind prekär Beschäftigte. Bei Personen mit türkischer Muttersprache liegt der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 57 Prozent. Der Leiter der Studie, Prof. Dr. Seyfettin Gürsel,

zieht das Fazit: »Die Armut ist kurdisch«. Wichtigste Ursache dieser Entwicklung ist die Binnenmigration der unqualifizierten Billigskräfte. Auch aus den offiziellen Statistiken kann das herausgelesen werden. Während die staatliche Statistikbehörde TUIK für das Jahr 2009 eine landesweite Arbeitslosenquote von 14 Prozent feststellt^[2], bescheinigt sie den von der Binnenmigration besonders betroffenen Städten eine doppelt so hohe Quote: so z.B. Adana 26,5 Prozent. Die offiziellen Zahlen sind auch in den kurdischen Städten besonders hoch: so z.B. Diyarbakır 20,6 Prozent oder Hakkâri 19,7 Prozent.

Staatliche Armutsuntersuchungen belegen, dass sich zwischen den Regionen der Türkei immense Unterschiede verfestigt haben – laut einer Studie der staatlichen Planungsorganisation DPT zwischen der am weitesten entwickelten Region (Istanbul) und der am wenigsten entwickelten Region (Muş) am Beispiel des Arbeitsmarktes wie folgt^[3]:

Beschäftigte in Prozent

	Landwirtschaft	Industrie	Handel
Istanbul	8,13	32,15	18,73
Muş	84,00	1,56	1,86

Zwar wird in der DPT-Studie in den wenig entwickelten Regionen von hoher Beschäftigung in der Landwirtschaft gesprochen, aber eine andere Zahl macht deutlich, dass die Situation in den ländlichen Gebieten keinen Deut besser ist. So z.B. in Diyarbakır: Der Anteil von landlosen bzw. kleinste Flächen besitzenden Familien liegt bei 42 Prozent. Sie besitzen rund 4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Dem gegenüber kontrolliert eine Minderheit von 3 Prozent mehr als 41 Prozent der Nutzflächen. Ähnliche Zahlen sind auch aus Şanlıurfa bekannt: Während die Landlosen 26,4 Prozent und Familien mit Kleinbesitz rund 72 Prozent ausmachen, verfügt eine Minderheit von 1,5 Prozent über mehr als 30 Prozent der Nutzflächen. Zudem können Bauern auf rund 13.600 Hektar eigener Fläche keine Landwirtschaft betreiben, da diese Flächen vermint sind.

Auch in den Bereichen Bildung, Mobilität und Gesundheit existieren erhebliche Unterschiede: Wäh-

rend die Analphabetenquote in Istanbul mit knapp 7 Prozent angegeben wird, liegt diese Quote in Muş bei 29,5 Prozent. In Istanbul sind pro zehntausend EinwohnerInnen 20,58 Ärzte tätig, in Muş gerade mal 2,76. Die Zahl von Krankenhausbetten pro zehntausend EinwohnerInnen liegt in Istanbul bei 34,14, in Muş bei 7,94. In Istanbul wurden pro zehntausend EinwohnerInnen 1.000, in Muş 71 PKWs zugelassen.

Diese Unterschiede werden auch innerhalb der Regionen festgestellt. Insbesondere in den von der Binnenmigration betroffenen Städten wie Istanbul, Ankara, Izmir, Adana und Mersin verschärfen sich die Ungleichheiten zwischen den Stadtteilen. Städtische Vororte und Slums werden zunehmend von kurdischen BinnenmigrantInnen bevölkert, die sich als Tagelöhner und unqualifizierte Billigstkräfte anbieten müssen.

Eine weitere Studie macht deutlich, dass Armut in der Türkei mittlerweile vorwiegend Kurdisch ist: In der Studie des renommierten Forschungsinstituts KONDA^[4] wird festgestellt, dass von den KurdInnen, die über 15 Jahre alt sind, nur 39 Prozent einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Innerhalb der erwerbsfähigen Bevölkerung der Türkei liegt die kurdische Arbeitslosigkeit bei 29,6 Prozent. 27 Prozent der KurdInnen sind von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen. Von dieser Situation sind besonders kurdische Frauen betroffen. Der Ökonom Mustafa Sönmez weist darauf hin, dass in den kurdischen Gebieten rund 6,5 Millionen Frauen leben (2008) und 4,1 Millionen von ihnen über 15 Jahre alt sind. Allerdings liegt die Frauenbeschäftigung in den kurdischen Städten bei nur rund 3 Prozent.

Die staatlich anerkannte Bedürftigkeit ist bei KurdInnen überdurchschnittlich hoch. Laut Gesetz können Personen, die nachweisen, dass sie über ein Einkommen von höchstens einem Drittel des gesetzlichen Mindestlohns (rund 265 Euro in 2012) verfügen, auf Antrag die »Grüne Karte für kostenlose Gesundheitsversorgung« erhalten. Die Zahl der »Grüne-Karte«-InhaberInnen lag 2011 bei 9,5 Millionen – 46 Prozent von ihnen lebten in den kurdischen Gebieten.

In der KONDA-Studie, die auf TUIK-Zahlen basiert, wird ausgehend vom Familieneinkommen festgestellt, dass 23,4 Prozent der KurdInnen über ein monatliches Einkommen von 64 Lira oder weniger (1 Dollar oder weniger pro Tag) und 29,4 Prozent über ein monatliches Einkommen zwischen 65 und 138

Lira (2,15 Dollar pro Tag) verfügen. Ausgehend vom durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen lebten somit 23 Prozent der KurdInnen unterhalb der Hungergrenze und 53 Prozent unterhalb der Armutsgrenze. Laut KONDA sind KurdInnen die ärmste und unter schwierigsten materiellen Bedingungen lebende Bevölkerungsgruppe der Türkei. Dies gilt jedoch nicht nur für die kurdischen Gebiete. Zwar ist laut TUIK-Angaben der Anteil von armen Familien in den kurdischen Gebieten von 13,7 Prozent (2009) auf 11,5 Prozent (2010) zurückgegangen. Zugleich hat er sich in der östlichen Mittelmeerregion von 11,8 Prozent (2009) auf 12,6 Prozent (2010) erhöht. Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. İzzettin Önder interpretiert dies folgendermaßen: »Diese Zahlen, wenn sie denn zutreffen, belegen nicht einen Rückgang der kurdischen Armut, sondern dessen Verschiebung durch die Binnenmigration in die westlichen Regionen«. Laut KONDA wohnen 22,3 Prozent der in Istanbul lebenden KurdInnen in einem Slumgebiet der Stadt. In der östlichen Mittelmeerregion, z.B. in Mersin und Antalya, sind es dagegen 72 Prozent, in Izmir 59,3 Prozent.

DIE SOZIALE FRAGE UND DIE KURDISCHE BEWEGUNG

Die forcierte Binnenmigration und die kurdische Proletarisierung, vor allem im informellen Sektor, haben nach 2000 dazu geführt, dass die kurdische Bewegung eine städtische Bewegung wurde, deren soziale Basis hochpolitisierte Prekäre, Niedriglöhner und Frauen sind. Die durch den Krieg, durch Zwangsumsiedlungen und massive Umstrukturierungen in der Landwirtschaft ausgelöste Binnenmigration steht auch mit den kommunalen Wahlerfolgen der prokurdischen BDP und ihrem Einzug ins türkische Parlament in engem Zusammenhang.

Diese Entwicklung bringt die kurdische Bewegung in ein Dilemma. Zum einen muss sie auf die soziale Frage reagieren, zum anderen Bündnisse für die parlamentarische Arbeit schmieden. In den kurdischen Gebieten konnten breitere Bündnisse, da eine gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnenbewegung fehlt, bislang nur über die nationale Frage begründet werden. So änderten sich die politischen Prioritäten: Während die kurdische Bewegung sich lange Jahre gegen die feudalen Großgrundbesitzer positionierte, verkümmerte die Forderung nach einer Landreform zu einer programmatischen Floskel im Programm der BDP. Obwohl Teile der kurdischen Bewegung antikapitalistische Positionen vertreten und im Westen des Landes weiterhin der Schulterchluss mit türki-

schen Linken gesucht wird, findet die nationale Frage innerhalb der BDP zunehmend mehr Beachtung.

Die Polarisierung der Gesellschaft entlang sozialer, ethnischer und religiöser Spaltungen, die besonderen Bedingungen in den kurdischen Gebieten und gesetzliche Hindernisse wie die 10-Prozent-Hürde für die parlamentarische Vertretung erfordern ein pragmatisches Vorgehen der BDP. Sie ist die einzige legale, im Parlament vertretene und kommunal stark verankerte prokurdische Partei – eine ebenso vielfältige wie prekäre Koalition unterschiedlicher kurdischer Kräfte. Der Kitt, der diese Koalition zusammenhält, ist der gemeinsame Bezug auf eine kurdische Identität. Das heißt nicht, dass die BDP die soziale Frage ignoriert. Es gibt bemerkenswerte Bemühungen, besonders in den von der BDP geführten Kommunalverwaltungen, chronische Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen. Ohne die vielen NGOs und sozialen Hilfseinrichtungen wäre die Situation in den kurdischen Städten um ein vielfaches schlimmer.

In der Tarifpolitik verhalten sich die BDP-Kommunen beispielhaft für die Türkei. So hat z.B. die Stadt Diyarbakır mit der Gewerkschaft Genel-İş (Dachverband DİSK) einen Tarifvertrag für kommunale Angestellte und ArbeiterInnen geschlossen, die vor Symbolik strotzt. Für 960 Angestellte und ArbeiterInnen sind der 1. Mai und das kurdische Newroz-Fest offizielle Urlaubstage. Zudem haben beschäftigte Frauen am 8. März und 25. November jeweils einen zusätzlichen bezahlten Urlaubstag. Auch die kommunal Beschäftigten zeigen Flagge für gesellschaftliche Solidarität: Sie spenden aus ihren Löhnen monatlich 15 Lira (etwas mehr als 7 Euro) an den Sarmaşık-Verein, der aus diesen Beiträgen Lebensmittel kauft und kostenlos an bedürftige Familien verteilt.

Doch reicht diese Symbolpolitik aus, um angemessen auf die kurdische Proletarisierung zu reagieren? Haben die Erfahrungen der »nationalen Befreiungsbewegungen« des letzten Jahrhunderts nicht gelehrt, dass die Fokussierung auf die nationale Frage kaum zu einer Lösung der sozialen Frage führen kann? Die kurdische Bewegung steht vor der gewaltigen Herausforderung, die nationale Frage – die sich in der Türkei in der Forderung nach Anerkennung der kurdischen Identität erschöpft – und die soziale Frage mit einer ökologisch-feministisch-emanzipatorischen Perspektive zu verbinden. Eine solche Verbindung befreit aus dem engen Korsett des Regionalpartei-Profiles, wodurch die Forderungen nach demokratischer Au-

tonomie und Anerkennung der kurdischen Identität die notwendige Kraft für historische Veränderungen im Land entfalten können. Wenngleich dies den Kitt in der BDP brüchig werden ließe und Bündnisse mit bürgerlichen, feudalen und islamischen Kräften in den kurdischen Gebieten erschweren würde, machen der alltägliche Hunger, die Armut, Ausgrenztheit und Entrechtung großer Teile der kurdischen Bevölkerung eine konsequente Parteinahme zugunsten der Schwächsten notwendig.

Die toten »Silikose-Arbeiter« mahnen: Die dringlichste Aufgabe der kurdischen Bewegung besteht darin, ihre Politik entsprechend der unzertrennbaren Einheit von politischen Freiheiten und sozialen Rechten auszurichten. Ohne das Selbstbestimmungsrecht in Abrede stellen zu wollen: Die sozialen Rechte, die notwendige Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der kurdischen Bevölkerung dürfen einer wie auch immer gearteten Nationalstaatswerdung nicht geopfert werden. ■

[1] Siehe: <http://betam.bahcesehir.edu.tr/tr/wp-content/uploads/2009/12/ArastirmaNotu060.pdf>

[2] Siehe offizielle Website der TUIK: http://www.tuik.gov.tr/PreTablo.do?tb_id=25&ust_id=8

[3] Siehe: www.dpt.gov.tr/DocObjects/Download/8143/2003-05.pdf und http://arsiv.petrol-is.org.tr/yayinlar/kriz/snmz_kriz.htm

[4] Siehe Bericht der Tageszeitung Radikal: <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetayV3&CategoryID=77&ArticleID=1031209> und die offizielle Website von KONDA: <http://www.konda.com.tr/tr/raporlar.php> (Die Studie kann auf Anforderung heruntergeladen werden).

HINWEISE

DIE WEBSITE DEMOKRATIE HINTER GITTERN



Weitgehend unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit hat sich die politische Situation in der Türkei vor allem in den letzten zwei Jahren in Bezug auf demokratische Standards dramatisch verschlechtert. Nachdem die über Jahre andauernde Auseinandersetzung zwischen der islamisch ausgerichteten AKP-Regierung und dem kemalistisch ausgerichteten Staatsapparat endgültig zu Gunsten der AKP entschieden ist, begibt sich die Türkei auf den Weg zu einer Ein-Parteien-Diktatur.

Sämtliche gesellschaftlich relevanten Positionen werden kontinuierlich mit Vertrauensleuten der AKP und des hinter ihr stehenden Fethullah-Gülen-Ordens besetzt. Kritische Berichterstattung über die Regierungspolitik ist in den Medien nicht mehr erwünscht. Die wenigen mutigen JournalistInnen, die sich nicht zum Schweigen bringen lassen, werden entweder entlassen oder mit Strafverfahren überzogen und inhaftiert.

Am dramatischsten zeigt sich die Situation an der wachsenden Zahl politischer Gefangener, die in der Türkei wegen Meinungsäußerungen und demokratischen Engagements im Gefängnis sitzen. Aktuell sind es mit über 4000 Inhaftierten – bei zunehmender Tendenz – mehr als jemals seit dem Militärputsch von 1980. Vor allem betroffen ist hier die kurdische Demokratiebewegung, die seit einigen Jahren versucht, die Gesellschaft basisdemokratisch und ökologisch umzugestalten. Als Vorwand für die massive Repression wird den engagierten Personen pauschal unterstellt, Teil der PKK zu sein.

Obwohl die Türkei nach wie vor den Beitritt in die EU anstrebt, gibt es aktuell keine offizielle Kritik an den zunehmend undemokratischen Zuständen. Zu wichtig ist die der Türkei zugedachte geostrategische Rolle vor allem im Bezug auf den Umbruch in der arabischen Welt. Im Gegenteil wird die Türkei objektiv in ihrem Vorgehen gestärkt, wenn etwa Bundeskanzlerin Merkel anlässlich der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens verlautet, dass Deutschland im Kampf gegen die PKK fest an der Seite der Türkei stehe.

Um auf diese Situation aufmerksam zu machen, hat sich die Kampagne »Demokratie hinter Gittern« gebildet. Die Kampagne wird sowohl von Gruppen getragen, die sich schon längere Zeit mit der Situation in der Türkei/Kurdistan befassen, als auch von Initiativen und Einzelpersonen, die sich allgemein für Menschenrechte und Demokratie einsetzen.

Die Kampagne Demokratie hinter Gittern fordert:

- Die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei!
- Schluss mit der Repression gegen das Engagement für kommunale Selbstverwaltung, Frauen- und Menschenrechte und eine ökologische Gesellschaft!
- Eine politische Lösung der kurdischen Frage!

Weitere Informationen:

<http://demokratiehintergittern.blogspot.de/>